

Protokoll des Fachgesprächs „Sprachförderung und Integration“ am 26.2.2008 im Kulturpalast Billstedt

Unter dem Dach des Programms der Aktiven Stadtentwicklung und im Rahmen des Quartiersentwicklungskonzepts soll auf Initiative des Jugendamtes des Bezirks HH-Mitte und des Billemnetzes für den Entwicklungsraum Billstedt Horn ein Regionales Bildungskonzept verabschiedet werden. Die hierzu stattfindenden 13 Fachgespräche dienen der Konsensfindung und Erarbeitung von Ziel- und Maßnahmenkatalogen.

Das Billemnetz hat hierzu eine Vorlage erarbeitet. Werden die dort aufgeführten Ziele und Maßnahmen von allen Beteiligten mitgetragen, und welche zusätzlichen Handlungsempfehlungen sollten mit in das Regionale Bildungskonzept aufgenommen werden?

Das Thema „Sprachförderung und Integration“ wird seit Jahren diskutiert. Die Gruppe der MigrantInnen ist ebenso heterogen wie das vielfältige Angebot. Insbesondere die niedrigschwelligen, wohnortnahen Angebote gilt es, weiterzuentwickeln und zu fördern. In 2005 wurden die Integrationskurse des BAMF eingerichtet. Mit der neuen Integrationskurs-Verordnung werden Fördermöglichkeiten für bestimmte Personengruppen eingeschränkt.

2 Inputreferate:

1. Integrationskurse und die neue Verordnung, Referentin: Tina Lakemeier, AWO-Integrationszentrum

Das Integrationszentrum der AWO ist Anlaufstelle verschiedener Zielgruppen, unter anderem Neuzuwanderer seit 2005 und Jugendlicher über den Jugendmigrationsdienst, die einen Integrationskurs belegen müssen.

Die „Bestands-Ausländer“ (vor dem 1.1.2005 eingewandert) können sich ebenfalls um einen Integrationskurs bemühen.

In einem ausführlichen Erstgespräch werden folgende Themen und Maßnahmen behandelt:

- a) Sprachstand
- b) Voraussetzungen zur Teilnahme wie Schulbildung und Lernerfahrung
- c) Evtl. notwendige sozialpädagogische Begleitung, Fall-Management, Hilfe-Pläne

Seit 2005 gibt es für neu eingereiste MigrantInnen die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Meldung erfolgt über die Arge oder die Ausländerbehörden bzw. auf Antrag.

Für einige Zielgruppen wie z.B. Menschen mit Duldung oder im Asylverfahren, Langsam-Lerner, Mütter kleiner Kinder oder Eingebürgerte war der Zugang zu diesen Kursen gar nicht oder nur eingeschränkt möglich. Die aus Mitteln der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) finanzierte zusätzliche Sprachförderung hat bisher auch für diese Personengruppen ein Angebot an Sprachkursen ermöglicht. Entsprechende Kurse des AWO Integrationscenters fanden in Kooperation mit anderen Einrichtungen wie z.B.: der Elternschule Billstedt, KiFaZ Dringsheide, den Elternschulen Mümmelmannsberg und Horner Geest statt.

Darüber hinaus gibt es in der Region, insbesondere bei Elternschulen, KiFAZ, Schulen, und ähnlichen Einrichtungen, bereits seit vielen Jahren wohnortnahe, niedrighschwellige Sprachkurse, in denen praxisorientierte Inhalte wie z.B. Gesundheit, Vorsorge, Schwangerschaft, Regeldienste, Kultur, Versorgung behandelt werden. Diese Kurse dienen als Einstiegsangebote, bei denen Lerntechniken vermittelt wurden. Diese nutzten überwiegend Frauen mit Kindern, die an den Kursen des BAMF mit 16 Stunden pro Woche aufgrund des hohen Zeitaufwandes nicht teilnehmen konnten.

Seit Anfang 2008 gilt die neue Integrationskursverordnung des BAMF, die einerseits eine höhere Differenzierung der Kurse sowie eine Erhöhung der Stundenzahl entsprechend bestimmter Personengruppen ermöglicht, z.B. spezifische Förderkurse wie Alphabetisierung, Frauen-, Jugendlichen- und Intensiv-Kurse. Andererseits dürfen an diesen Kursen nur Menschen mit einem dauerhaft gesicherten Aufenthaltsstatus teilnehmen (also keine Personen mit Duldung oder im Asylverfahren). Auch die hohe Stundenzahl (vorgesehen sind mindestens 16 Wochenstunden), die hohe Verbindlichkeit der Teilnahme und die Erreichbarkeit der Kurse (können auch in anderen Stadtteilen stattfinden) entsprechen nicht der Zielgruppe der bisherigen wohnortnahen niedrigschwelligen Angebote.

2. „Vorschule des Lernens“, Referentin Katrin Koldewey, Kinder- und Familienhilfzentrum Dringsheide

Die vorgenannten niedrigschwelligen Kurse wie z.B. ein Frauenkurs im KiFaZ und in der Elternschule Billstedt, werden seit Anfang des Jahres nicht mehr finanziert. Viele Frauen haben zudem nur den Duldungs-Status. In Billstedter Übergangsheimen leben derzeit viele AfghanInnen, IrakerInnen und AfrikanerInnen. Alle Frauen aus dieser Gruppe haben Potentiale, auch Großmütter möchten mitmachen. Die Kurse der „Vorschule des Lernens“ waren ideal, da im Gegensatz zu den BAMF-Kursen, welche geduldeten Personen zudem nicht zugänglich waren, Fehlzeiten nicht entschuldigt werden mussten. Eine derartige Verbindlichkeit muss erst eingeübt werden. Frauen in Duldungssituationen haben oft viel zu wenig Raum und auch daher eine geringe Konzentrationsspanne. Ihr Bildungshunger kann durch Fahrradkurse, Ausflüge, Rathausbesuche, politische Bildung mit allen Sinne und Lernbereichen wie Kopf, Körper und Seele geweckt werden. Wichtig ist die Zusammenarbeit mit der AWO, da hier den Frauen Mut zur Teilnahme an den Kursen gemacht wird. Integration muss ein ganzheitliches Konzept sein, von der Nutzung der Stätteleinrichtung bis zur Vermittlung unterschiedlicher Weltbilder auch in die Deutsche Gesellschaft hinein. Frauen in Duldung benötigen dringend dieses Angebot.

Forderung: planbare Finanzierungslage!

Nachfrage, Diskussion:

Wie hoch ist die Auslastung der Kurse gewesen? Die Kurse waren am Anfang immer an der Höchstgrenze, einige Teilnehmer mussten weggeschickt werden.

Bettina Rosenbusch (Billenetz): Bei allen Institutionen, die Deutsch-Kurse anbieten ist ein großer Bedarf festzustellen.

Anneke Gräper (Jugendamt HH-Mitte): Gibt es ein klares Ausschlusskriterium bei den Integrationskursen? Geduldete Frauen sind nicht zugelassen, obwohl deren Situation dramatisch ist. Voraussetzung ist eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung.

Gibt es niedrigschwellige Angebote für Männer?

Ivanka Kuschova (AWO): Die Flüchtlingsberatungsstelle in der Adenauerallee hat eventuell auch Kurse für Männer.

Katrin Koldewey: Das Café des KifaZ ist immer geöffnet, die Sprachkurse werden jedoch nicht mehr finanziert. Im Café des KifaZ sind Männer willkommen.

Sabine Treu (Ganztagsschule Hauskoppelstieg): Gibt es eine Adressenliste aller Kursanbieter?

Bettina Rosenbusch: Es gibt die Broschüre der BSG „Hier lernen Sie deutsch“ mit Adressen von Kursanbietern und Beratungsangeboten durch die Integrationscenter .

Tina Lakemeier: Die Anlaufstelle der AWO kann immer genutzt werden, im individuellen Gespräch wird geholfen.

Martin Garske (Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz): Die BSG hat Plakate und Flyer mit einem Verzeichnis aller Integrationsstandorte in hoher Auflage verschickt. (s. auch Website www.integrationskurse-hamburg.de) Trotzdem ist gezielte Beratung notwendig. Seit 3 Jahren erst existiert das bundesweite Fördersystem. Die Ausländerbehörde verpflichtet seitdem alle neu eingereisten Zuwanderer zu Integrationskursen (600 Stunden Deutsch). Seit dem 8.12.07 gibt es eine Differenzierung und Ausweitung (900 Stunden Deutsch). Alle MigrantInnen, auch vorher zugewanderte, sollen durch die Integrationscenter, aber auch durch LehrerInnen und ErzieherInnen in Kitas, beraten werden. Neu ist, dass der Bürger den Anspruch auf einen Kursplatz hat, und nicht die Träger das Geld en bloc bekommen. Die Zuwanderer müssen sich Gutscheine besorgen, die sie bei den Trägern einlösen. Seit Dezember 2007 sind 160 Mio. im Bundeshaushalt eingestellt. In Hamburg wird mit 6-7000 Teilnehmern gerechnet. Insbesondere Eltern mit kleinen Kindern sollen, entsprechend dem Grundsatz „Fördern und Fordern“, Deutsch lernen.

Klaudia Wöhlk (Kita Bauerberg): Oft können Migranten mit einer Teilnahmebescheinigung ihr Kind trotz dieser Berechtigung nicht in der Kita unterbringen, es fehlen kurzfristig Plätze! Wie wird in Zukunft die Kinderbetreuung organisiert, damit die Frauen die Kurse besuchen können?

Birgit Sokolowski (Elternschule Mümmelmannsberg): Am Ende des Kurses müssen unter-3-jährige Kinder wieder aus der Kita heraus, dies muss geändert werden.

Elke Reimers (Ev. Kita Steinbek): Dieses Hin- und Her ist für Kinder unzumutbar und konträr zu den Richtlinien der kontinuierlichen Arbeit.

Katrin Koldewey: Frauen mit Duldung sind genauso wichtig wie andere Migrantinnen. Die Babys können wo möglich bei den Frauen bleiben. Trotzdem sollte es weitere Möglichkeiten wie Erziehungspartnerschaften geben. Die „Vorschule des Lernens“ muss erweitert werden.

Diskussion der Handlungsempfehlungen aus dem Thesen-Papier

Es gibt derzeit 4 Träger, die Integrationskurse in der Region anbieten:

DAA, Bilim Integrationskurse, Dt.-türkischer Verein, AWO

Welche Bedarfe gibt es, wo sind Angebotslücken?

Hinweis: Eine Einbürgerung kann nur noch mit erfolgreich bestandenen Zertifikat B1 (Europäischer Rahmen) erfolgen.

Damit die MigrantInnen die Integrationskurse finden, bedarf es Vermittlung, Beratung, Bildungsberatung. Ein Flyer allein reicht dafür nicht aus. Für die Multiplikatoren (Lehrer, Erzieher, usw.) ist ein Flyer mit einer Übersicht über alle Integrationskurse aber eine sinnvolle Unterstützung.

Klaudia Wöhlk: Es fehlt ein Platzangebot für Kinderbetreuung parallel zum aber auch nach dem Kurs. Aus den 160 Mio. Bundesmitteln müsste ein Posten hierfür abgefordert werden.

Hassan Sattarian (HdJ Mümmelmannsberg): Grammatikalische Begriffe sind für die Teilnehmer auf deutsch zu schwer zu verstehen, diese müssen vorweg oder nebenbei in der Muttersprache erklärt werden.

Behice Aykurt (Bilim Integrationskurse): Die Finanzierung für Kinder-Betreuung ist gegeben, allein die Räumlichkeiten für die Betreuung sind bisher nicht vorhanden. Wo gibt es Räume, die dazu genutzt werden können?

Martin Garske: Man kann 2 Fördermöglichkeiten kombinieren: 1. Kita-Gutschein, 2. Bundesmittel für Betreuung bei Trägern.

Tina Lakemeier: Die AWO bietet Beratung für MigrantInnen an und vermittelt sie ggfs. zu geeigneten Maßnahmen bzw. Trägern.

Klaudia Wöhlk: Langfristig spart die Gesellschaft, wenn sie frühzeitig in die Sprachförderung der Kinder in den Kitas investiert.

Elke Reimer: Die Betreuungszeit muss genau abgestimmt werden, um die Teilnahme zu gewährleisten. Häufig sind Fahrtwege nicht mit eingerechnet, so dass die Betreuungszeit zu kurz ist.

Birgit Sokolowski: Dieses Versäumnis der Politik muss beseitigt werden.

Marion Lewes (Elternschule Mümmelmannsberg): Kinderbetreuung kann nicht allein das Thema der Kurs-Träger sein. Bildung für Sozial Schwache und MigrantInnen muss stärker gefördert werden. Man sollte eine qualitative Evaluation durchführen

Birgit Sokolowski: Das niedrigschwellige Angebot muss verstetigt und ausgeweitet werden.

Bettina Rosenbusch: Der niedrigschwellige Einstieg ist der wichtigste, hier klappt eine große Lücke von offizieller Seite. Niedrigschwellig bedeutet erster Schritt/Stufe/Hemmschwelle zu überwinden

Martin Garske: Das Ziel der Sprachförderung ist das Lernniveau B1 (europäischer Referenzrahmen, s. website des Goethe-Instituts), erreicht durch unterschiedliche Zeiten und Formen. Allgemein gelten 600 Stunden, erweitert sind auch 900 Stunden möglich, erweiterbar um weitere 300 Stunden.

Behice Aykurt: Die Arge verpflichtet Hartz-IV- Empfänger zur Teilnahme.

Bettina Rosenbusch: Der Zugang für bereits hier lebende MigrantInnen müsste vereinfacht werden.

Rüdiger Winter: Dafür benötigt man ein Beratungs- und Informationsangebot.

Christine Schley (Schule Stengelestraße): Ein mehrsprachiger Flyer ist sinnvoll

Heidrun Michau-Reichmann (Schule Fuchsbergredder): Dieser wird an Sprachenkoordinatoren und Eltern weitergegeben

Martin Garske: Der Flyer ist mit mehrsprachigem Einlageblatt direkt an die Schulen verschickt worden.

Bettina Rosenbusch: Wichtig ist eine bezirksspezifische/ regionale Ausgabe des Flyers, der Inhalt sollte auf das Wesentlichste beschränkt sein. Der Verteiler des Billemnetzes kann genutzt werden.

Vivian Jeschkowski (Spielhaus Horner Rennbahn): Auch Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe brauchen die Infos über Integrationskurs-Angebote.

Birgit Schumann (Elternschule Billstedt): In der Diskussion sollte Integration nicht vergessen werden.

Behice Aykurt: Es wird im Integrationskurs nicht nur die Sprache vermittelt sondern Ausflüge usw. gemacht. Daneben gibt es Familienberatung und Weitervermittlung an Institutionen, die sich persönlich in der Einrichtung vorstellen, und bestimmten Bildungs- und Fördermaßnahmen.

Raimund Menzel (KiFaZ Dringsheide): Im KiFaZ Dringsheide wird es keine Kurse mehr geben, wenn alle nach BAMF zertifiziert sein müssen.

Michael Mentz (Quartiersmanager Horner Geest): Das Integrationskonzept bietet Möglichkeiten, jedoch gibt es vor Ort zu wenig tragfähige Strukturen hierfür. Diese müssen ausgebaut und niedrigschwellige Kurse gefördert werden. Integration muss in den Einrichtungen geübt werden.

Heidrun Michau-Reichmann: Im Sprachkurs an der Schule Fuchsbergredder findet in höchstens 6 Stunden pro Woche an 2 Vormittagen Unterricht statt. Zu 16 Stunden wäre kaum eine Frau bereit und in der Lage. Die Kurse am Kifaz sind enorm wichtig. Ein Teil der Bundesmittel müsste für das Quartier bereitgestellt werden. Auch die Kinder müssen gebildet werden. Die Mütter sollen mit Deutsch für Mütter an die Schulen gebunden werden.

Behice Aykurt: Die niedrigschwelligen Angebote müssen erhalten werden, nicht nur die Integrationskurse.

Martin Garske: welche Mütter kommen in die Integrationskurse? Diese sollten an den Schulen stattfinden und entsprechende Fördermöglichkeiten genutzt werden.

Heidrun Michau-Reichmann: Es wäre kompliziert, wenn die Schulen das Pensum auf 16 Stunden erhöhen müssten.

Rüdiger Winter: Im Sinne einer Strukturentwicklung müssen die bereits gestrichenen Angebote im Konzept wieder eingefordert werden. Der Arbeitskreis Sprachförderung sollte reaktiviert werden, um den Forderungen im Sinne einer Lobby-Bildung Nachdruck zu verleihen.

Auch Männer und Jungs haben Sprachförderbedarf.

Birgit Sokolowski: Dafür fehlen die Mittel, man musste die Prioritäten setzen.

Elke Reimer: Die Integration ist in einer Einrichtung mit über 80 % MigrantInnenanteil schwierig. Bei 25- %igem Anteil an Migrantenkinder bekommt man Mittel für intensivierete Sprachförderung.

Klaudia Wöhlk: Kinder- und Elternarbeit müssen Hand in Hand gehen, Sprachförderung sollte nicht von der AG Bildung im Rahmen von „Schau nach Osten“ abgekoppelt werden. Es braucht genügend Mittel für Sprachförderung. Strukturen sollten an einem Ort zusammengeführt werden.

Raimund Menzel: Der AK Sprachförderung war sehr erfolgreich und sollte sich wieder für niedrigschwellige Angebote einsetzen.

Rüdiger Winter: Die AG Bildung existiert nicht mehr, der AK Sprachförderung des Billemnetz sollte als Struktur reaktiviert werden und fachliche Beiträge in die Behörden einspeisen.

Bettina Rosenbusch: mit niedrigschwellig ist der leichte Zugang gemeint, nicht das Niveau. Müssen mindestens 16 Stunden erteilt werden? Dann würden viele Teilnehmer herausfallen.

Martin Garske: Die Verordnung sieht eine Anpassung bis zu 10 Stunden vor.

Welche Kursträger würden solche Angebote machen? Die Zertifizierung und die Auflagen sind Bundesgesetz.

Michael Mentz: Die Menschen müssen individuell beraten werden. Die Multiplikatoren müssen entsprechend geschult werden

Martin Garske: Die Integrationskurse des Bundes sind aufwändig in der Verwaltung, hier sind Kooperationen nötig.

Fazit: Der AK Sprachförderung des Billemnetzes sollte als Gremium für den Erfahrungsaustausch und Konzeptentwicklung neu belebt werden, ein Kriterienkatalog aufgrund gemachter

Erfahrungen erstellt werden. Das Billemnetz sollte bald einen neuen Termin für den Arbeitskreis Sprachförderung anbieten.

Zum Begriff Integration: hierzu gehören beide Seiten, auch die Deutschen, der Kontakt zu ihnen wird gewünscht. Was kann jede Einrichtung tun, um den Fokus auf Integration zu lenken? Hier muss ein besonderer Fokus gesetzt werden, z.B. in Form eines weiteren Fachgesprächs?

Bettina Rosenbusch: Integration wurde in jedem Gespräch mitdiskutiert, ist ein Querschnittsthema. Ein Termin wäre im Mai möglich.

Rüdiger Winter: Auch nach der Erstellung des Konzeptes sollte in einem weiteren Gespräch das Thema Integration aufgegriffen werden.

Michael Mentz: Konzepte sind nicht starr, können fortgeschrieben werden.

Karten aus der Zukunftskonferenz + des Fachgesprächs:

Niedrigschwellig +wohnnah:

Langfristige Sicherung des Angebots, Dezentralität stärken, vielseitige Kursformen, strukturelle Unterstützung für Einrichtungen, Angebote mit wenigen Wochenstunden, „Vorschule des Lernens, Kursangebote in Heimatsprache veröffentlichen, Erklären der deutschen Grammatik in Heimatsprache, Angebote für Asylbewerber +Geduldete, erweiterter Integrationsbegriff, Zugang für länger hier lebende Migranten vereinfachen

Integrationskurse:

Differenziertes Angebot, verschiedene Zielgruppen und Orte, Vorschalten von Einführung in lokale Infrastruktur, Mütter und Kinder gemeinsam, HIPPY, Kurs mit Schwerpunkt „Gesundheit“ ist gut, Mathematische Kenntnisse vermitteln

MigrantInnen:

Vielseitige und lebensnahe Angebote, Hamburg kennenlernen, Sprach- und Kochkurse, Sprach- und Fahrradkurse, mit Kinderbetreuung, Kinderbetreuung nach Kursende ermöglichen, mehr Plätze notwendig, Sprachförderung der Kinder als Grund für Kita-Gutschein, Finanzierung der Kita-Plätze während des Kurse aus BAMF-Mitteln sichern

Vernetzung und Kooperation:

Strukturierte Kooperation, Abstimmung des Angebots, gemeinsame Anlaufstelle, Aufstellung/Liste der Kurse und Einrichtungen, mehr allgemeine Beratung notwendig, mehrsprachiges bezirksspezifisches Infomaterial mit Beratungsstellen,

Qualitätsentwicklung:

Qualitative Evaluation, Bedarfsermittlung vor Ort, Verallgemeinerung von best-practice Beispielen

Finanzierung:

Langfristige Finanzierung von niedrigschwelligen Angeboten, Aufnahme in Regelförderung, erschwingliche Angebote für MigrantInnen, Geld für Weiterbildung der Lehrkräfte

